

Der Hinterthurgau soll nicht zum «Abfallkübel» des Fluglärms werden

Eine Informationsveranstaltung der Aktionsgruppe «Bürgerprotest Fluglärm Hinterthurgau» (BFH)

art. Der BFH, eine Aktionsgruppe des Schutzverbandes Flugimmissionen Thurgau, will mit seinen Aktionen die Politikerinnen und Politiker unterstützen, die sich bereits gegen den Fluglärm eingesetzt haben. Zugleich sollen weitere Leute motiviert werden, beim Bund, beim Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl), beim Flughafen Unique tätig zu werden. Die Aktionsgruppe richtet ihre Aktivitäten dabei nicht gegen den Flugverkehr, aber gegen die ungerechte Verteilung des Fluglärms.

Dazu gehört nach Meinung des BFH auch die vom Flughafen Zürich, der Flugsicherung Skyguide und dem Bazl geplante Ausdehnung des Anflugraumes auf den Flughafen Zürich in Richtung Osten. Bis in die Region Märwil - Wil - Hinterthurgau soll die Untergrenze des von den Jets beanspruchten Luftraumes auf rund 900 Meter über Grund abgesenkt werden. Der BFH strebt eine faire Verteilung der Flugbewegungen und eine Plafonierung von 250 000 Bewegungen an.

Das Überschreiten dieser Obergrenze werde durch Billigflüge oder Transitspassagiere verursacht, die einen geringen wirtschaftlichen Nutzen bringen. Auch das Argument, Zürich müsse für Geschäftsreisende attraktiv bleiben, ziehe nicht, da nur 10 Prozent aller Reisenden Geschäftsreisende seien.

Ungleich lange Spiesse

Laut Hans-Peter Lehmann von der Segelfluggruppe Cumulus ist die Absenkung des Luftraumes «ökologisch, ökonomisch und technologisch unsinnig». Es sei nicht nachvollziehbar, warum für den Ostanflug mehr Luftraum beansprucht werde als für die etablierten Nordanflüge und den Südanflug.

Im Bereich des Südanfluges wird bis 26 Kilometer vor der Pistenschwelle mit einer Luftraumuntergrenze von 1700 Metern über Meer gearbeitet. Es sei nicht einzusehen, warum im Osten die Luftraumuntergrenze schon 38 Kilome-



Die Aktionsgruppe «Bürgerprotest Fluglärm Hinterthurgau» will verhindern, dass der Hinterthurgau zum «Abfallkübel» des Fluglärms wird, von links: Josef Imhof (Präsident), Markus Krapf, Beatriz Edelmann, Christa Kaufmann, Erika Bleisch Imhof, Herbert Walter und Susanne Edelmann. Auf dem Bild fehlt Hans Gloor.

ter vor der Pistenschwelle auf 1350 Meter über Meer (rund 900 Meter über Grund) gesenkt werden müsse.

Absenkung nur ein «nächster Schritt»

Der Präsident des BFH, Josef Imhof, stellte vor rund 130 Personen in der Mehrzweckhalle Bächelacker klar, dass nicht der aktuelle Fluglärm das Problem sei. Das «neue Abflugregime» sei nur der Anfang des Bestrebens, den grössten Teil der Anflüge in den Osten zu verlagern. Die Absenkung des Luftraumes im Osten sei ein nächster Schritt zur geplanten Umstellung der Abflugrouten von Nord-Süd auf die Ost-West-Achse.

Er forderte die Gekommenen auf, mitzuhelfen, «die weiteren Schritte zu unterbinden». Dies soll mit einer in der Bevölkerung breit abgestützten Protestbewegung geschehen. Es müsse klar ge-

macht werden, dass die Erhaltung einer lebenswerten Region und die Gesundheit der Bevölkerung Vorrang habe vor rein wirtschaftlichen Überlegungen, wie die Verlegung der Flugrouten in Gebiete, in denen wertmässig geringere Lärmenschädigungsklagen zu erwarten sind, weil dort weniger Menschen leben oder

günstigere Häuser stünden. Wie Paul Hug vom Hauseigentümergebiet Hinterthurgau erklärte, müssten die hiesigen Hauseigentümer, sollte die Luft-raumabsenkung über dem Hinterthurgau Tatsache werden, mit einer Wertminderung der Liegenschaften von bis zu 30 Prozent rechnen.

90 unterzeichneten die Petition

art. Eine am Informationsabend auf liegende Petition des BFH wurde von über 90 Personen unterschrieben. Auch hätten viele Unterzeichner weitere Petitionsbogen mitgenommen, so Josef Imhof. Hier der Wortlaut der Petition, welche Regierungsrat Hans Peter Ruprecht übergeben werden soll: «Hiermit verlangen wir...

- Ein kontrollierter Luftraum über dem Hinterthurgau (TMA 4A) nicht unter 1700 Meter über Meer und keine Erweiterung der TMA 4A.
- Keine gleichzeitigen An- und Abflüge innerhalb TMA 4A.
- Keine forcierten Ostanflüge zwecks Streichung der Südanflüge.